

**Als Ratsmitglied**

Sonja von Zons  
Wasserkampstr. 2  
33378 Rheda-Wiedenbrück

Mobil: 0160/1560202  
Email: sonja-von-zons@web.de

An  
Bürgermeister Theo Mettenborg  
Rathausplatz 13  
33378 Rheda-Wiedenbrück

Rheda-Wiedenbrück, 15.06.2018

**Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Selbsternannte "Reichsbürger" und "Selbstverwalter" in Rheda-Wiedenbrück**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Theo Mettenborg,

die Problematik und Gefahr, die durch die selbsternannten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ausgeht, wurde lange Zeit unterschätzt. Einer breiten Öffentlichkeit wurde das Phänomen erst durch die tödlichen Schüsse auf einem Beamten eines Spezialeinsatzkommandos der bayrischen Polizei bekannt. Die tödlichen Schüsse haben auch zu einer Neubewertung durch die Sicherheitsbehörden geführt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Szene seit November 2016 und stellt im Verfassungsschutzbericht 2016 fest: „Zu ‚Reichsbürgern‘ und ‚Selbstverwaltern‘ zählen Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei berufen sie sich etwa auf das historische Deutsche Reich, auf verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder auf ein selbst definiertes Naturrecht.“ Die Bundeszentrale für politische Bildung ordnete die Szene in eine rechtsextreme und verschwörungstheoretische Gruppe ein. Die Ideologie wird als antisemitisch, geschichtsrevisionistisch und demokratiefeindlich bezeichnet.

Die Verwaltungen von Gemeinden, Landkreisen und Städten sind mit dem Problem der selbsternannten „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ in vielseitiger Weise konfrontiert. Dabei werden häufig keine Abgaben, Steuern, Buß- oder Strafgebühren gezahlt. Des Weiteren kommen Delikte wie beispielsweise das Fahren ohne Führerschein hinzu. Darüber hinaus werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung häufig beleidigt und immer wieder bedroht, wenn beispielsweise Bußgebühren erhoben werden sollen.

Ich frage daher die Stadtverwaltung Rheda-Wiedenbrück:

1. Sind der Stadtverwaltung Fälle von selbsternannten „Reichsbürgern“ oder „Selbstverwaltern“ im Stadtgebiet bekannt und um wie viele Personen handelt es sich?
2. Werden die Fälle zentral erfasst?
  - a.) Wenn nein, sind entsprechende Maßnahmen geplant?
  - b.) Wenn ja, in welcher Form geschieht dies?
3. In welchen Bereichen kommt es zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen) durch selbsternannte „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ (bitte Fälle darstellen)?
4. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um MitarbeiterInnen für die Problematik der „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ zu sensibilisieren?
5. Wie wird mit entsprechenden Fällen verfahren (z.B. Rückgabe von Ausweisdokumenten oder Weigerung Bußgelder zu begleichen)?
6. Wurden in der Vergangenheit MitarbeiterInnen durch selbsternannte „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ bedroht oder unter Druck gesetzt?

Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

*Sanja von Zons*